

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Manfred Eibl

Abg. Susann Enders

Abg. Albert Duin

Staatsminister Hubert Aiwanger

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 40** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)

Perspektiven für die bayerische Wirtschaft - Monatshilfen schnell und effizient auszahlen, differenzierte Öffnungsszenarien für Januar 2021 aufzeigen

(Drs. 18/11879)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion hat einen Dringlichkeitsantrag zu einem Bereich eingereicht, der uns sicherlich alle umtreibt. Solange die Schließungen wichtiger Bereiche notwendig sind, geht es vor allem darum, wie wir schnelle und effektive Hilfen gewährleisten. Zum anderen geht es darum, wie wir nach dem Lockdown oder nach dem Jahreswechsel weitermachen. Wir müssen verantwortbare Öffnungsszenarien vorbereiten.

Zu den Hilfen: Ich glaube, der wichtigste Punkt ist, dass die November- und Dezemberhilfen auf Bundesebene rasch ausgezahlt werden können. Deshalb bitten wir die Staatsregierung – das stößt, zumindest nach dem zu urteilen, was ich bisher wahrgenommen habe, auf offene Ohren –, noch einmal darauf zu drängen, dass die Auszahlung über das Programm, das auch noch entwickelt werden wird, möglichst schnell auf den Weg zu bringen.

Wir haben die Abschlagszahlungen als Zwischenmöglichkeit. Ich bitte darum, dahingehend noch einmal nachzubohren und deutlich zu machen, dass auch Abschlagszahlungen über 50.000 Euro hinaus notwendig sind. Das ist aus meiner Sicht bei größeren Wirtschaftsunternehmen notwendig. Das Thema Bundeshilfen, die

insbesondere Olaf Scholz als Finanzminister stark unterstützt hat, ist operativ in der Umsetzung im Wirtschaftsministerium des Bundes stärker voranzubringen. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt, der uns gemeinsam verbindet. Da sollten wir auch gemeinsam die entsprechenden Signale senden.

Der zweite wichtige Punkt: Wir haben mit den Oktoberhilfen für die Hotspots, die schon im Oktober in einen regionalen Lockdown gegangen sind, eine Sondersituation in Bayern. Es geht darum, wie die bayerischen Hilfen umgesetzt werden. Unser Eindruck ist, dass manches unnötig verkompliziert wird. So ist die Beantragung auf Bundesebene bis zu einer Fördersumme von 5.000 Euro ohne Steuerberater möglich. Für die Oktoberhilfen muss in Bayern plötzlich ein Steuerberater eingeschaltet werden. Das erscheint uns unlogisch. Das macht im Hinblick auf viele Anträge, die nur einen Bruchteil des Monats betreffen, wenig Sinn. Daher kommt unsere klare Bitte, eine vernünftige Umsetzung für die Oktoberhilfen in Bayern sicherzustellen und nicht komplizierter und bürokratischer zu sein als der Bund. Natürlich stellt sich auch die Frage, inwieweit man Oktoberhilfen in Bayern hätte direkt organisieren können. Deswegen bitten wir, die bayerischen Oktoberhilfen möglichst unbürokratisch auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will abschließend zu den bayerischen Möglichkeiten noch einmal sagen: Das Künstlerhilfsprogramm, das am 27.10.2020 im bayerischen Kabinett verabschiedet wurde, ist immer noch nicht mit Förderrichtlinien versehen, ist immer noch nicht mit einer Antragstellung versehen – von einer Auszahlung ist ganz zu schweigen. Wir bitten, die bayerischen Hausaufgaben jetzt endlich zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Im zweiten Teil des Antrages geht es darum: Wir erwarten keine Prognose und schon gar keine Glaskugelperspektive der Staatsregierung. Wir müssen uns aber natürlich darauf vorbereiten, wie wir – nicht nur wann wir, sondern vor allem auch wie wir – die

Öffnung gestalten. Ich glaube, da haben die vergangenen Monate gezeigt, dass manche Vorbereitungsarbeit, die notwendig gewesen wäre, nicht genutzt worden ist. Wir brauchen deswegen klare Öffnungsperspektiven und die Definition der Voraussetzungen, unter welchen Gegebenheiten wir wieder öffnen können. Wir brauchen natürlich eine Evaluation der bisherigen Hygienekonzepte und der bisherigen Maßnahmen. Ich glaube, dass wir diesen Monat nutzen müssen, um diese Öffnungsperspektiven zu entwickeln. Ich glaube, das ist auch im Sinne der Wortmeldung Hubert Aiwangers. Wir würden die Staatsregierung mal gern als geschlossene politische Einheit sehen wollen. Diese Möglichkeiten müssen jetzt genutzt werden, damit wir dann, wenn die Zeit gekommen ist, die Öffnungen effektiv und verantwortbar vorantreiben können. Dazu haben wir uns immer bekannt. Ich glaube, es braucht jetzt die Vorbereitungszeit, die notwendig ist, um diese Öffnungen qualifiziert vorzubereiten. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Halbleib. – Der nächste Redner ist schon bereit. Es ist der Kollege Sandro Kirchner von der CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Kirchner.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Dinge zuerst ein bisschen einordnen und allgemein feststellen: Natürlich ist es schwierig. Es gibt Einschränkungen, gerade auch durch den Teillockdown. Viele Selbstständige und Unternehmer trifft es ganz, ganz hart; sie haben bereits ihre Rücklagen aufgebraucht und stehen vor der Existenzfrage. Natürlich muss den Betroffenen möglichst schnell geholfen werden. Sie brauchen auch schnell ihr Geld.

Wir wollen das aber schon einordnen: Der Freistaat Bayern ist sehr engagiert, um dieses Problem zu lösen und zu begleiten. Bayern setzt sich auf der Bundesebene per-

manent dafür ein, dass die Belange der Unternehmerinnen und Unternehmer sowie der Selbstständigen gewahrt bleiben.

Auch ich selbst habe Briefe nach Berlin geschickt und darum gebeten, dass man die Dinge möglichst schnell und auch einfühlsam löst; vor allem möge man auch Dinge, die zum Beispiel die Mischbetriebe angehen, klären. Bäckereien und Metzgereien müssen wissen, welche Möglichkeiten sie haben und was geboten wird.

Natürlich geht es auch um die Abschlagszahlungen. Wir haben ja festgestellt, dass es länger gedauert hat, sodass man das Instrument der Abschlagszahlung benötigt. Gerade die Bayerische Staatsregierung hat da für die größeren Betriebe noch einmal nachgefasst, sodass mehr als 10.000 Euro überwiesen werden können. Für große Betriebe ist es ja doch absurd, mit weniger als 10.000 Euro zu agieren und zu handeln.

Der Freistaat Bayern hat auch diesbezüglich seine Hausaufgaben gemacht. Wir haben einen starken Partner eingebunden. Die bayerischen IHKs nehmen sich dieser Aufgabe für ganz Bayern sehr sorgsam an. Zum Beispiel gibt es bei der Überbrückungshilfe I volle Erfolge; dort sind 99 % der Anträge abgearbeitet. Bei der Überbrückungshilfe II, die seit Ende November verfügbar ist, sind schon über die Hälfte der Anträge bearbeitet und 100 Millionen Euro ausgezahlt worden. Wir haben also einen starken Partner, der für die Belange der Unternehmerinnen und Unternehmer Sorge trägt; der Freistaat Bayern flankiert das entsprechend.

Herr Halbleib, Sie haben den Dringlichkeitsantrag jetzt etwas moderater dargestellt, als er im Text formuliert ist. Sie versuchen da schon, ein bisschen Schwarzer Peter zu spielen und diesen dem Bundeswirtschaftsministerium und der Bayerischen Staatsregierung zuzuschieben. Ich muss Ihnen da aber schon sagen: Erstens spielen Sie das Schwarze-Peter-Spiel schlecht. Zweitens gebietet es die Situation, dass man nicht Schwarzer Peter spielt.

Wie Sie gesagt haben, ist Fakt, dass Bundesminister Olaf Scholz diese Idee gehabt hat und einer der Urheber dieser Novemberhilfen ist. Das war zwar gut gemeint, im

Nachgang aber schlecht gemacht und schlecht umgesetzt. Anstatt, wie in der Vergangenheit, Fixkostenzuschüsse zu gewähren, hat Olaf Scholz durchgesetzt, Umsatzausfälle zu honorieren. Damit hat man ein Running System zerschossen. Damit hat man auch zu verantworten, dass das alles länger dauert als gewünscht.

Natürlich ist es auch so, dass Ihr Finanzminister ständig blockiert und auf die Bremse tritt. Nicht ohne guten Grund gibt es eine lange Diskussion darüber, wer überhaupt antragsberechtigt ist und wen der Herr Minister auf dieser Antragsliste haben möchte. Natürlich stellt sich dann auch die Frage, wie das umgesetzt werden kann. Herr Kollege Halbleib, man sollte sich also in erster Linie an die eigene Nase fassen.

Alles Sinnvolle, was für Unternehmen passiert, wird durch die SPD konterkariert. Auf Bundesebene konterkariert sie in Person des Bundesfinanzministers, dass die Unternehmen Liquidität generieren können. Bei der Abschaffung des Soli, bei der Ausweitung der steuerlichen Verlustrechnung und auch bei der Senkung der Unternehmenssteuern ist die SPD immer in irgendeiner Form dagegen, sodass den Unternehmen diese Möglichkeiten nicht zugutekommen können. Das bringt die Unternehmen dann schon irgendwie zur Verzweiflung. Das wäre der einfachste Weg, um Eigenkapital zu generieren und diejenigen zu würdigen, die die Steuern bezahlen, die der Bund uns momentan – Gott sei Dank – zur Verfügung stellt. Also, auch der Bundesminister sollte da bitte eingebunden werden.

Kommen wir zur bayerischen Oktoberhilfe. Aufgrund der verschiedenen Voraussetzungen und Ideen, die da dahinterstehen, ist damit natürlich ein irrer Programmieraufwand verbunden. Wir müssen schon mal ehrlich sein: Es wäre ein Jobstopper, wenn wir den Faktor Zeit in den Vordergrund stellen würden; es würde sonst noch länger dauern, als es eh schon dauert.

Das ist außerdem ein eigenständiges Programm und damit zwingend eigenständig zu betrachten. Sie haben nicht berücksichtigt: Es konnte ja gerade in Bayern passieren, dass Beherbergungsbetriebe vielleicht schon im November 2019 zuhatten; letztes

Jahr waren die Herbstferien schon im Oktober zu Ende. Damit kann dieser Betrieb vielleicht gar keine Hilfe bekommen. Deswegen hilft einem solchen Betrieb ein eigenständiger Antrag mehr als ein Bundesprogramm, in dem er gar nicht antragsberechtigt ist, sodass er nicht zu seinem Geld kommt.

Über Corona haben wir hier im Landtag schon sehr ausführlich gesprochen. Die Bekämpfung der Pandemie orientiert sich immer am Infektionsgeschehen. Was gestern war, kann heute anders sein und wird übermorgen wieder anders sein. Insofern haben Sie vollkommen recht damit, dass es keinen Sinn macht, in die Glaskugel zu schauen. Man muss die Situation tatsächlich abwarten und dann situationsgerecht entscheiden und die Dinge anpassen.

Ich würde Ihnen einen Vorschlag dazu machen, damit wir den Unternehmerinnen und Unternehmern in Bayern tatsächlich helfen und ihnen schnell Geld geben: Gehen Sie auf Ihren Minister zu. Sagen Sie ihm, er solle die Dinge nicht blockieren, sondern flankieren. Herr Minister Aiwanger, gehen Sie dem Vorschlag der großen Wirtschaftsorganisationen nach. Diese sind gestern noch einmal mit einem Schreiben an die Öffentlichkeit gegangen, demzufolge man vielleicht neue und andere Wege gehen kann. Zum Beispiel könnte man eine Zwischenlösung durch Überbrückungsfinanzierungen mit Hausbanken vorsehen und im Nachgang aufklären. Schieben Sie natürlich auch Ihren Bundesfinanzminister an, damit er die Solo-Selbstständigen und Unternehmen an der Stelle unterstützt. Dann wäre uns allen geholfen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Kirchner. Sie können noch am Rednerpult bleiben. – Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Als Erster hat sich der Kollege Volkmar Halbleib gemeldet.

Volkmar Halbleib (SPD): Sie müssen sich selber fragen, wer während der Hälfte seiner Redezeit ein Schwarzer-Peter-Spiel gespielt hat. Olaf Scholz hat durch starke Hilfen ein starkes Signal an die Wirtschaft und an die Bereiche, die vom Lockdown be-

treffen sind, gesendet. Das muss jetzt halt umgesetzt werden. Daran sollten wir doch gemeinsam arbeiten. So habe ich unsere gemeinsame Aufgabe verstanden.

Ich hätte aber eine Frage zu rein bayerischen Dingen: Dort haben Sie ja sozusagen Handlungshoheit. Ich frage Sie, wann die Staatsregierung das am 27. Oktober angekündigte Hilfsprogramm für Künstlerinnen und Künstler endlich umsetzen wird. Wann wird das Programm, erstens, abrufbar sein? Ab welchem Zeitpunkt werden, zweitens, die Auszahlungen beginnen? Werden bei dem neuen Programm, drittens, auch weitere Gruppen wie etwa Kunstvermittler etc. berücksichtigt werden? – Das sind, ohne auf den Bund zu schauen, die Hausaufgaben, die in Bayern zu machen sind. Ich hätte da von Ihnen insgesamt, von der Staatsregierung, aber auch von Ihnen als Regierungsfraktion, gerne endlich eine Antwort dazu: Wann werden die Versprechen und Ankündigungen, die jetzt auch schon ein gewisses Alter haben, endlich umgesetzt?

(Beifall eines Abgeordneten der SPD)

Sandro Kirchner (CSU): – Applaus durch den Fraktionsvorsitzenden. – Kollege Halb-leib, ich setze voraus, dass Sie Ihren Antrag gelesen haben; Sie haben ihn als Autor wahrscheinlich mitinitiiert. Sie haben sich im Antragstext sehr ausführlich daran abgearbeitet aufzuzeigen, wie toll die eine Seite agiert und wie schwierig es auf der anderen Seite ist. Ich bin mit Ihnen vollkommen d'accord, dass wir gemeinsam dazu beitragen müssen, die Dinge zu klären. Im Text steht aber leider etwas anderes als das, was Sie jetzt in Ihrem Redebeitrag in Ihrer Nachfrage vertreten haben.

Ich finde es im Übrigen toll, dass der Bund auch dieses Geld zur Verfügung stellt und wir die Möglichkeit haben, die Unternehmen zu unterstützen. Wir haben aber den Systemfehler am Anfang, den wir an dieser Stelle auch aushalten müssen. Gemeinsam müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass die Probleme gelöst werden. Wir sollten nicht versuchen, an dieser Stelle Schaufensterpolitik zu machen.

(Zuruf)

– Herr Kollege, die Frage war doch schon die: Die SPD-Fraktion hat einen Antrag gestellt, und dann schreibt man in diesen Antrag rein, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Sandro Kirchner (CSU): – dass das Bundesfinanzministerium gut ist, und der Bundeswirtschaftsminister – –

(Zuruf)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Kollegen von der SPD! – Sie haben noch eine Möglichkeit, sich Redezeit zu verschaffen. Der Abgeordnete Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion hat sich gemeldet. Bitte, Herr Bergmüller.

Franz Bergmüller (AfD): Herr Kollege Sandro Kirchner, Sie sind als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses doch dafür prädestiniert, für die CSU zu sprechen. Sind Sie als CSU-Vertreter bereit, sich bei einem Lockdown des Gastgewerbes im Januar/Februar für Fixkostenzuschüsse aus Bayern einzusetzen? – Ihr Parteikollege Carsten Linnemann hat am 02.12. in der Sendung "Markus Lanz" um 0:35 Uhr gesagt, dass der Bund dafür nicht mehr aufkommen können wird. – Ja? Oder Nein: Gastgewerbe im Regen stehen lassen?

Sandro Kirchner (CSU): Lieber Kollege Bergmüller, wie der Kollege gerade gesagt hat, ist es natürlich schwierig, in die Glaskugel zu schauen.

(Zuruf)

– Ich habe nur eine Minute, soll ich antworten?

(Zuruf)

– Gut. Ich bin aber schon der Meinung, dass der Freistaat Bayern das Gastgewerbe in der Vergangenheit maximal unterstützt und flankiert hat und versucht hat, auf die Probleme und Herausforderungen zu reagieren. Was im Januar, im Februar sein wird, das kann ich heute noch nicht sagen. Ob der Bund dann steuertechnisch und mit Mitteln bereitsteht, das kann ich heute auch noch nicht sagen. Ich bin aber der Meinung: Wenn wir eine Herausforderung haben, dann müssen wir die angehen und lösen. Wie das stattfinden wird, das wird die Situation zeigen. Das aber vorher auszuschließen, Herr Bergmüller, das würde ich auch ausschließen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Kirchner. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Barbara Fuchs von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleg*innen! Wieder sprechen wir über Soforthilfen für Unternehmen, genau wie im Frühjahr beim ersten Lockdown, allerdings mit einem großen Unterschied: Die Unternehmen haben ihre Rücklagen zum größten Teil inzwischen aufgebraucht. Im Frühjahr konnten wir doch üben, wie das geht: digitale Antragsformulare erstellen, prüfen, umsetzen, auszahlen. Trotzdem hat es bis Ende November gedauert, bis man überhaupt einen Antrag stellen konnte. Bis heute haben aber viele Betriebe noch nicht einmal eine Abschlagszahlung erhalten. Die gesamten Hilfen müssen aber schnell fließen, nicht nur die Abschläge; denn diese decken bei großen Hotels beispielsweise gerade einmal die Fixkosten für zwei Tage ab.

Bei aller Zustimmung zu diesem Antrag der SPD muss ich allerdings schon fragen, wer denn eigentlich im Bund regiert. – Das Thema Software hängt schließlich am Bundeswirtschafts- und eben am Finanzministerium. Es steht zu befürchten, dass der Sommer nicht wirklich genutzt wurde, um sich auf den zweiten Lockdown vorzubereiten.

Wir brauchen aber nicht nur einen 5-Punkte-Plan für die Einschränkungen, sondern auch für die Öffnung, die irgendwann wieder kommen soll und muss. Wir müssen unbedingt über die Zeit der akuten Krise hinausblicken, und zwar für alle Branchen. Corona wird sich hoffentlich in den nächsten Monaten durch die Impfungen langsam ausschleichen. Im Moment sind die Zahlen der Insolvenzen und Entlassungen noch einigermaßen im Rahmen. Wenn aber die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht ausläuft – und bei diesem Thema bin ich sehr zwiespältig, weil Folgeschäden bei den Geschäftspartnern und Lieferanten der gefährdeten Unternehmen entstehen können – und wenn die Bedingungen der Kurzarbeit wieder auf normal zurückgestellt werden, dann wird es noch einmal richtig schwierig für die Betriebe und die Unternehmen werden.

Deshalb müssen wir uns jetzt die wichtigen Fragen stellen: Wie sichern wir mit den eingesetzten öffentlichen Mitteln sowohl Arbeitsplätze als auch Unternehmen? Wie sollen Wirtschaft und Arbeitsmarkt für die Zukunft aufgestellt werden? Ich stelle diese Fragen für alle Branchen. Da, wo Unternehmen pandemiebedingt ihre wirtschaftliche Tätigkeit reduzieren mussten, kann jetzt mit kluger Förderpolitik die Zeit genutzt werden, um Investitionen in Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit unserer Wirtschaft und in die künftige Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zuzulassen. Damit kann und muss schon jetzt ein Impuls für eine nachhaltige und schrittweise konjunkturelle Erholung und Steigerung der Resilienz gesetzt werden. Die Unternehmen müssen jetzt Unterstützung erhalten können für die digitale, ökologische und soziale Modernisierung ihrer Betriebsanlagen oder ihrer Geschäftsmodelle. Beim Bau können das Förderungen für den Umstieg auf digitale Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie schnellere Sanierungen sein. In der Industrie kann das eine Förderung sein für bessere Energieeffizienz, für Digitalisierungsschritte in der Kreislaufwirtschaft oder den Aufbau neuer Recyclinganlagen. Damit Beschäftigte auf die Herausforderungen einer sich wandelnden Arbeitswelt vorbereitet sind, braucht es eine massive Stärkung von Qualifizierung und Weiterbildung. Solche Modernisierungshilfen sollen die Überbrückungshilfen jetzt ergänzen.

Zurück zum Beginn meiner Rede. All das kann nur gelingen, wenn die Hilfen schnell ausgereicht werden, damit es die Unternehmen dann überhaupt noch gibt. Das kann aber nur dann gelingen, wenn wir für die verschiedenen Branchen konkrete Stufenpläne erstellen, mit Öffnungsperspektiven für die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeiten. Bitte lassen Sie uns weiter denken und handeln, und zwar mittel- und langfristig vorausschauend. Das sind wir unseren Unternehmen, den Betrieben, der Gastro, den Hotels, dem Tourismus, den Freiberuflern, den Solo-Selbstständigen und den Künstlerinnen und Künstlern einfach schuldig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Manfred Eibl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Präsident, verehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Speziell die Überbrückungshilfe zeigt, dass hierfür eine sehr leistungsfähige IT-Infrastruktur zum Einsatz kommen muss. Mit der IHK München und Oberbayern steht ein sehr verlässlicher Partner als Bewilligungsstelle bereit, der sofort mit der Auszahlung und der Abwicklung der Novemberhilfe beginnen könnte. Maßgebend sind dafür aber die konkreten Vorgaben des Bundes, und zwar insbesondere für das IT-Fachverfahren. Die Programmierung dieses Verfahrens verzögert sich, sodass der Bund den Ländern die notwendige Software bis heute leider nicht zur Verfügung stellen konnte. Die Bayerische Staatsregierung, insbesondere unser bayerischer Wirtschaftsminister, setzte sich mit allen gegebenen Möglichkeiten für eine zeitnahe Lösung beim Bund ein. Der Bund hat nun eine Auszahlung der Novemberhilfe wenigstens bis Mitte Januar 2021 zugesagt.

Mit seinem intensiven Vorgehen setzte sich unser Staatsminister Hubert Aiwanger mit seinen Kolleginnen und Kollegen der anderen Bundesländer für eine deutliche Erhöhung der Abschlagszahlung ein. Das sollte man hierbei bitte auch berücksichtigen. Die Beantragung der bayerischen Lockdown-Hilfe, sprich der Oktoberhilfe, erfolgte im glei-

chen, bundesweit einheitlichen System, das vom Bund entwickelt wurde. Hier wird den betroffenen Unternehmen aus den Landkreisen Berchtesgadener Land, Rottal-Inn sowie den kreisfreien Städten Augsburg und Rosenheim die Möglichkeit zu einer ergänzenden Antragstellung der Oktoberhilfe gegeben. Auch das sollte man bitte bewerten. Die Nutzung des bundesweit einheitlichen Systems für die Abwicklung der bayerischen Oktoberhilfe ist daher mit einem erheblichen Programmieraufwand verbunden. Jedoch kann nur eine volldigitale Lösung eine zeitnahe und schnelle Auszahlung der Oktoberhilfe gewährleisten. Auch das ist eine Voraussetzung. Es geht auch darum, gewissem Missbrauch vorzubeugen. Abgerechnet wird immer am Schluss, und wer steht dann in der Verantwortung? – Da es sich bei der bayerischen Oktoberhilfe um ein eigenständiges Programm handelt, ist es zwingend notwendig, einen separaten Antrag zu stellen. Die bisher positiven Erfahrungen bei der Abwicklung der Überbrückungshilfe zeigen, dass eine Antragstellung über Dritte, also über die Steuerberater, die Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte, eine sehr hohe Antragsqualität gewährleistet. Genau diese Antragsqualität ist die zwingende Voraussetzung für eine schnelle Auftragsbearbeitung und damit auch für eine schnelle Auszahlung.

Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie müssen sich an der Dynamik des Infektionsgeschehens orientieren. Ein verbindlicher Plan, wie auch immer er ausschauen mag, ist nur schwer zu realisieren. Aktuell wird versucht, schnell und praktikabel auf die Zu- bzw. Abnahme des Infektionsgeschehens zu reagieren. Eine Öffnung bzw. eine Lockerung der Vorgaben für betroffene Branchen erfolgt in Abhängigkeit des jeweiligen dynamischen Infektionsgeschehens. Die entsprechenden Entscheidungen für die Zeit nach dem 10. Januar 2021 werden in Abhängigkeit vom Infektionsgeschehen getroffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege Eibl, Sie können am Rednerpult bleiben, es gibt noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Halbleib von der SPD-Fraktion. – Herr Halbleib, bitte.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kollege Eibl, zunächst darf ich mich dafür bedanken, dass Sie im Gegensatz zu Herrn Kollegen Kirchner ein sehr sachliches Statement abgegeben haben. Danke schön dafür! Trotzdem habe ich zwei Fragen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann bestehen Sie als Teil der Regierungskoalition im Parlament auf der Sonderanforderung Bayerns für die Oktoberhilfen, und zwar auf der Einschaltung eines Steuerberaters. Das ist anders als beim Bund, der dies für Beträge unter 5.000 Euro nicht fordert. Diese Anforderung erschwert es vielen, vor allem im Hinblick auf die Teillockdowns, auch zeitlich gesehen. In Berchtesgaden haben wir zum Beispiel 38 % Schließungen. Sind Sie bereit, noch einmal zu überdenken, warum wir bürokratischere Anforderungen haben als der Bund?

Die zweite Frage ist: Können Sie mir sagen, wann das Künstlerhilfsprogramm des Freistaats Bayern, das am 27. Oktober 2020 beschlossen wurde, in die Umsetzung kommt?

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Danke für die Frage. Das Künstlerhilfsprogramm ist aktuell noch in der Bearbeitung. Ich habe mich noch mal informiert und nachgefragt. Ich kann Ihnen dazu leider nicht mehr sagen. Es wird versucht, es mit den Überbrückungshilfen äquivalent zu verbinden. Ich glaube, das ist ein vernünftiger Weg.

Andererseits muss man berücksichtigen: Es gibt natürlich zahlreiche Missbrauchsfälle. Man hat aus der Erfahrung lernen müssen. Alleine in Nordrhein-Westfalen gab es weit über 4.000 Missbrauchsfälle. An wen werden diese wieder herangetragen, weil man die Verantwortung im Vorfeld nicht wahrgenommen hat?

Ich meine, dass wir hier eine gewisse Sorgfaltspflicht haben, der wir gerecht werden müssen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Eibl. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Ihnen nicht den Cartoon zum Lockdown aus dem "Gastgewerbe-Magazin" vorenthalten. Ich zitiere:

Merkel's [sic] Gastrostrategie
Abstand einhalten und Gäste reduzieren
Maskenpflicht für Kellner und Kellnerinnen
Registrierung aller Gästedaten
Plexiglas installieren
Einhaltung aller Hygienemaßnahmen
Alles erfüllt? Gut[,] dann könnt ihr schließen!

Das könnte genauso auf Herrn Söder zutreffen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die CSU hat den Slogan "Näher am Menschen"; Franz Bergmüller ist näher am Gastgewerbe als jeder her im Raum – 30 Jahre berufsständischer Vertreter. Es geht hier um Vertrauen und um Verhältnismäßigkeit. In der nächsten Rede, zum Schluss, komme ich auf die Äußerung von Herrn Kreuzer zu sprechen; ich werde dokumentieren und beweisen, dass 75 % aller Infektionen sehr wohl – nicht wie Sie behauptet haben – nachvollziehbar sind. Das ist vom RKI-Institut. Das habe ich alles für Sie mitgenommen – wenn Sie dann noch da sind.

Den beiden ersten Forderungen des Antrags stimmen wir zu, sehr geehrter Herr Kollege Halbleib. Wir sind selbstverständlich genau derselben Meinung. Im Grunde genommen sind das doch alle hier. Sie haben es richtigerweise schon gesagt: Es ist ein Saustall, dass die vielen Betriebe hier hingelassen werden, weil Computerprogramme nicht funktionieren. Wo leben wir denn? – In Deutschland, in einem Hochtechnologie-land!

(Beifall bei der AfD)

Es ist wirklich beschämend – da hat es eine DEHOGA-Umfrage gegeben, übrigens topaktuell diese Woche –, dass 73,7 % der Antragsteller bisher keine Abschlagszahlungen erhalten. 65 % sehen ihre Existenz gefährdet. 51 % Umsatzverlust in diesem Jahr! Nachdem Weihnachten sowieso zu ist, kann man das jetzt schon feststellen. Das bisschen To-go-Geschäft – das kann ich aus zig Gesprächen bestätigen – ist massiv eingebrochen. Wissen Sie, wer der größte Profiteur ist? – All die Fastfood- und Imbissketten. Die machen das Geschäft ihres Lebens. Das ist die Mittelstandsförderung für die Leute, für die ich hier rede, die mir tagtäglich ihre Probleme schildern.

Jetzt kommen wir zum Zweiten, zu dem Stufenplan. Als Erstes wird der Wellenbrecher-Lockdown angekündigt, dann der Anschluss-Lockdown im Dezember. Dann haben wir den Weihnachts-Lockdown, jetzt Total-Lockdown bis 10.01. Und was kommt dann? – Ja, Herr "Wirtshausminister" Aiwanger, wir haben neulich mal kurz darüber gesprochen. Was kommt dann? – Wissen Sie, was in der Branche schon los ist?

Lieber Kollege Halbleib, da hilft uns auch der Stufenplan nicht. Wir brauchen Verlässlichkeit. Auch wenn die Inzidenzwerte insgesamt nicht unter 50 fallen, die Hygienekonzepte aber stimmen, wie es auch Herr Aiwanger heute bei der Regierungsbefragung schon gesagt hat, dann muss geöffnet werden. Der Staat kann sich das schlichtweg nicht länger leisten. Der Bund möchte sich bei den Zwangsschließungen aus der Verantwortung stehlen. Ebenso bleibt uns der Regierungsvertreter Sandro Kirchner eine Antwort schuldig.

Wissen Sie, was in der Gastronomiebranche zurzeit umgeht? – Es geht die Angst vor weiteren Schließungen um. Die Leute sind doch nicht blöd. Die wissen doch ganz genau, was ihnen blüht. Was dann los ist! Jetzt steht schon die Wies'n zur Debatte. In Insiderkreisen, selbst in Kreisen der Verantwortlichen bei der Stadt München, steht die Wies'n zur Debatte. Eineinhalb Milliarden Euro Umsatz in der Stadt München gehen dann noch einmal den Bach hinunter. 50 % des Einzelhandelsumsatzes reduziert jetzt auf Weihnachten, weil das alles mit der Gastro zusammenhängt. Es gibt keinen Einzelhandel ohne Gastro. Es gibt keine Kultur ohne Gastro. Deswegen enthalten wir uns

zum Antrag der SPD. Wir sehen das wohlwollend; aber wir fordern in unserem eigenen Antrag dazu auf, dass endlich einmal auch die Regierungsvertreter der FREIEN WÄHLER ganz klar ihre Meinung gegen diese irrsinnigen Maßnahmen von Herrn Söder, die das Gastgewerbe vernichten, durchsetzen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Bleiben Sie bitte am Rednerpult.

Es hat sich eine Kollegin von den FREIEN WÄHLERN gemeldet: Frau Enders für eine Zwischenbemerkung. Bitte schön.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Ich habe eine Frage, und zwar: Herr "Zwergmüller", Sie wollen ernst genommen werden. Wissen Sie, einmal kann man über einen Witz lachen, aber wenn er regelmäßig kommt, dann kann man nur noch den Kopf darüber schütteln. Fällt Ihnen denn nichts Besseres ein, als regelmäßig Titel oder Bezeichnungen von Ministerien oder Ministertitel zu verhunzen? Fällt Ihnen nichts Besseres, Sachlicheres ein?

Franz Bergmüller (AfD): Also, wenn Sie auf Ihren Minister Aiwanger anspielen: Zuletzt war er noch stolz auf den "Wirtshausminister"-Titel; ich sehe den auch nicht negativ. Er ist im Moment mit Sicherheit beliebter als Ministerpräsident Söder. Das garantiere ich Ihnen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Albert Duin von der FDP-Fraktion.

Albert Duin (FDP): Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute wieder ruhiger, weil die Anlage geht. – Dass die SPD in Berlin mitregiert, geht aus diesem Antrag wohl nicht hervor. Die großen Töne sind Anfang November nämlich auch von

Scholz gespuckt worden, man könne bis Mitte November beantragen, und Ende November sei das erste Geld da. Wisst ihr, wie ihr die Leute behandelt? – So behandelt man Drogensüchtige: Morgen gibt es etwas, ihr braucht bloß noch ein bisschen abzuwarten, nehmt das letzte Geld aus eurem Sparstrumpf heraus, bitte haltet durch, dann wird das schon! – Ihr seid mit schuld. Das ist ganz klar.

(Zurufe)

– Wir unterstützen euren Antrag.

Die Unternehmen, speziell in Bayern – nicht nur der Mittelstand, auch die Gastro –, stehen vor einem gewaltigen Problem: Das ist quasi ein Berufsverbot, was wir mittlerweile haben. Wir haben eigentlich erwartet, dass man aus den Erfahrungen mit der Soforthilfe des Frühjahrs lernt und Schlüsse zieht, wie man es diesmal besser macht. Das Problem ist: Sie sind so glücksbesoffen von der Äußerung: Wir zahlen alles! – Die Leute verlassen sich darauf und müssen dann doch irgendwann zusperren.

Letzte Woche haben wir mehrere konstruktive Vorschläge dazu gemacht. Alle machen Vorschläge, um gut dazustehen – da nehme ich keine Fraktion aus –, von ganz links bis nach ganz rechts. Wir alle wollen gut dastehen. Aber tatsächlich haben wir ein Riesenproblem, weil wir nicht wissen, wohin die Reise geht. Wie sollen wir das alles bezahlen?

Es gibt ein paar Ankündigungen, zum Beispiel von Minister Aiwanger, der gesagt hat: Auch die Gastronomiemischbetriebe werden unterstützt – Pressemitteilungen vom 26.11. aus dem Ministerrat und vom 06.12.2020 aus dem Wirtschaftsministerium. Darin wird behauptet, Brauereigaststätten seien antragsberechtigt. Hinterher stellt sich aber heraus: Es ist nicht so. – Was ist, wenn einer eine Brauerei hat, die er als GmbH angemeldet hat, und einen Gasthof als GmbH? – Dann bekommt er die Hilfe für die Gasthof-GmbH, nicht aber für die Brauerei. Hat er die Betriebe aber unter einem Dach angemeldet, dann bekommt er nichts. Das kann nicht richtig sein.

Wir werden noch einiges erleben. – Ich habe nicht viel mehr Zeit. – Ich hoffe, dass wir aus dieser Sache herauskommen. Ich unterstütze natürlich den Antrag der SPD, wohlwollend. Aber ihr sitzt in Berlin mit am Tisch. Dann haltet eure Leute einfach mal zurück, dass sie nicht immer so viel versprechen, was sie hinterher nicht halten können. Das ist nämlich die größte Enttäuschung für die Leute, die darauf warten, dass ihnen geholfen wird.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Hallo, Herr Duin, können Sie bitte noch am Rednerpult bleiben? – Der Kollege Halbleib hat sich noch rechtzeitig zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Volkmar Halbleib (SPD): Ich entnehme Ihrem Beitrag vor allem das Bedauern darüber, dass die FDP aus der Regierungsverantwortung geflüchtet ist.

(Albert Duin (FDP): Auch das!)

Ich will nur hinweisen auf den Umfang und die Konzeption der Wirtschaftshilfen und die Bereitschaft, der Wirtschaft zu helfen – dort, wo es ihr wirklich wehtut. Vielleicht kann man über den Umsatzanteil streiten. Aber das ist vom Ansatz her eine wirksame Hilfe. Da haben wir in der Regierungskoalition unseren Teil eindeutig geleistet. Das Problem liegt jetzt nicht in den Beschlüssen oder den Konzepten, sondern in der konkreten Umsetzung. Deshalb sollten wir hier als Parlament insgesamt ein Signal setzen. Des Weiteren stellt sich die Frage, warum es in Bayern bei den Oktoberhilfen eine besonders bürokratische Lösung braucht. Das ist das zweite, uns vielleicht verbindende Thema.

Albert Duin (FDP): Herr Halbleib, vielen Dank für die Frage. Ich spreche das Gesamtproblem an. Ist da gar kein Wirtschaftler dabei, wenn man 75 % von einem Umsatz garantiert? – So ein Schwachsinn! Die Kosten müssten gedeckt werden und nicht der Umsatz. Damit geht es schon mal los. Damit wird Geld verdonnert, das nicht einmal

gebraucht wird, um zu überleben. Dadurch bekommen andere nichts mehr, die es gebraucht hätten. Das ist die Sauerei.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Staatsminister Hubert Aiwanger.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor Weihnachten und den Weihnachtsferien sprechen wir noch mal über das wichtige Thema, wie es mit den Wirtschaftsförderprogrammen und eventuell einer Öffnungsperspektive im neuen Jahr weitergeht. Das Thema der Förderungen ist sehr umfangreich. Ein kleiner Rückblick:

Im Frühjahr haben wir als Erste mit der bayerischen Soforthilfe begonnen. Wir hatten dafür 5 Milliarden Euro vorgesehen. Gott sei Dank ist nach wenigen Tagen unseres Programmstarts der Bund mit aufgesprungen, und wir haben am Ende von den bei uns ausbezahlten 2,3 Milliarden Euro nur 400 Millionen bayerisches Geld benötigt. Daran wurde die Überbrückungshilfe I angeschlossen, bei der 270 Millionen Euro in Bayern rausgingen. Die Fälle sind zu 99,4 % erledigt. Für 20.500 Fälle ist das Thema so gut wie erledigt und abgehakt.

Dann kam die Überbrückungshilfe II, bei der der Großteil der Anträge momentan auch schon ausbezahlt ist. 8.500 Anträge gab es, und für über 5.000 Anträge ist das Geld – 117 Millionen Euro – draußen. Die Überbrückungshilfe III ist in der Mache. Darin sind all die jetzt abzuwägenden Dinge enthalten – wie weit die Künstlerhilfe mit abgedeckt ist oder wie weit die Schausteller hier mit integriert sind. Themen sind auch der Unternehmerlohn oder die Frage, wie wir mit den Solo-Selbstständigen im Detail umgehen.

Vieles ist jetzt in der November- und Dezemberhilfe integriert. In der Novemberhilfe ist es schon nachlesbar, in der Dezemberhilfe ist es angekündigt. Wir müssen natürlich im Detail abwarten, bis der Bund weiß, was er will, bevor wir hier mit bayerischen Pro-

grammen aufmarschieren und unser Geld verballern, das 14 Tage später vom Bund käme. Dann ist unser Geld weg, und das Bundesgeld entfällt.

Das ist eine äußerst komplizierte Materie, auch vor dem Hintergrund, dass die Aussagen des Bundes teilweise nicht belastbar sind. Erst gibt es in einer Schalte die Zusage, dass Brauereigaststätten mit bezahlt würden. Zwei, drei Tage später, nach mehrmaliger Rückfrage und immer wieder verzögert, heißt es: Aus jetziger Sicht gilt die Zusage wohl doch nicht; man arbeitet aber dran. – Hier muss Berlin liefern, und hier ist natürlich auch der SPD-Finanzminister zentral gefragt, den Weg für diese Dinge freizumachen.

Man könnte hier fast eine gewisse Neiddebatte gegen die Gaststättenbranche sehen, wenn auf der einen Seite Cafés, denen ich es hundertprozentig zugestehe, Gelder bekommen, die Brauereigaststätten auf der anderen Seite aber bei derselben Konstellation nicht. Wenn hinten die Bäckerei und vorne das Café ist, bekommt das Café die Schließung bezahlt. Hinten die Brauerei, vorne das Wirtshaus: Da gibt es nichts? Wo ist der Unterschied? – Der eine hat Kaffee, der andere hat Limo, Spezi und Bier. Ganz klar: Hier muss gleichgezogen werden. Sagen Sie das Ihrem Herrn Scholz in Berlin.

Sagen Sie Ihrem Herrn Scholz auch sehr deutlich, dass er jetzt endlich seinen Widerstand gegen diese Erhöhung der Abschlagszahlung auf mindestens 50.000 Euro aufgeben soll. Ich habe das von Anfang an gefordert. Gerne dürfen es auch 100.000 Euro sein. Wenn Sie heute ein Hotel zusperren, brauchen Sie die 10.000 Euro am Tag und nicht im Monat. Der Finanzminister stoppt das weiterhin. Der Wirtschaftsminister will es, der Finanzminister der SPD nicht. Mit Ihrem Antrag legen Sie die Selbstanzeige auf den Tisch. Sie fordern hier in Bayern Dinge ein, die Sie in Berlin verhindern, um nachher vielleicht wieder zu sagen: In Bayern wurde es aber nicht richtig umgesetzt.

Genauso verhält es sich auch mit Ihrem Vorstoß, wir sollten in Bayern jetzt schnell die Oktoberhilfe und so weiter schon unbürokratisch auszahlen. Ich sage Ihnen: Kollegen

aus Ihrer Fraktion wären die Ersten, die sich beschweren, wenn wir auszahlen und nur ein paar Fälle dabei sind, die nicht intensiv vom Steuerberater geprüft sind. Dann müssen unsere Leute in den Regierungen das Prüfen übernehmen oder andere, die wir aus dem Beamtenapparat abziehen. Dafür bräuchten wir Hunderte, die das erledigen, was jetzt die Steuerberater wasserdicht einreichen. Sie wären die Ersten, die wieder Anträge stellen, ob dort irgendjemand Geld bekommen hat, der mit dem Aiwanger per Du ist oder mit dem er schon einmal auf die Jagd gegangen ist. Meine Damen und Herren, Sie bohren im Nachhinein am besten rum und suchen das Haar in der Suppe, das Sie uns vorher reinzuschmeißen auffordern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Für die Novemberhilfe sind bisher 26.000 Anträge gestellt, davon 6.000 Direktanträge ohne Steuerberater und 20.000 mit Steuerberater. Von den 6.000 Anträgen haben schon 5.600 die Abschlagszahlung in einer Höhe von 9 Millionen Euro bekommen bei 15 Millionen Euro Antragsvolumen. Bei den 20.000 Anträgen haben 14.000 schon die Abschlagszahlung mit 60 Millionen Euro bekommen. Also sind rund 70 Millionen Euro an Abschlagszahlungen schon draußen bei den 26.000 Antragstellern.

Das läuft über die Bundesebene. Die IHK steht jetzt Gewehr bei Fuß, wartet händeringend jeden Tag und weiß bis heute noch nicht, ob sie die Bearbeitungssoftware noch vor Weihnachten bekommt. Befürchtet wird: nein. Erst wenn wir diese Software haben, können wir die Dinge abarbeiten. Großer Dank geht an die Mitarbeiter der IHK für all das, was sie tun können. Bei der Überbrückungshilfe II – ich habe es vorhin gesagt – arbeiten sie innerhalb weniger Tage die Anträge ab. Selbiges hätten wir jetzt gerne für die Novemberhilfe. Der Bund steht nach wie vor auf dem Schlauch. Der Bund muss diese Programme endlich liefern, bevor er weitere Schließungen verkündet, bei denen wir nicht wissen, wann das Geld in welcher Form kommt. Fordern Sie in Berlin Ihre eigenen Leute auf, Gas zu geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf)

Ich bin auch der Überzeugung, dass Sie Ihrem Finanzminister und der Bundes-SPD beim Thema Verlustrücktrag Druck machen müssen. Das wäre nämlich der beste Weg zur Ausweitung des Verlustrücktrags. Dann könnten unsere bayerischen Finanzbehörden Geld in die Betriebe zurückgeben, das hier schon kassiert worden ist, oder sie könnten neues Geld in Form von Steuern nicht abkassieren und dafür wieder Fördergelder genehmigen. Das scheitert ebenfalls an der SPD, mindestens drei Jahre retour, mindestens 50 Millionen Euro als Möglichkeit.

All das ist nicht möglich, weil hier auch ein unterschwelliger Neid gegen die Unternehmer besteht. Wir haben vor wenigen Tagen die Debatte um die Grundsteuer C und dergleichen gehabt. Das war dann eine Klassenkampfredde gegen die großen Reichen mit dem dicken Mercedes und den Grundstücken. Die Unternehmer, die diese Hilfen brauchen, würden sich aber gern auch aus eigener Wirtschaftskraft besser helfen und könnten es, wenn Sie in Berlin nicht auf der Bremse stünden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/11879 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Stimmenthaltung? – AfD-Fraktion. Damit ist der Antrag abgelehnt.